Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 276. Montag den 3. October 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir haben beschlossen, die hiesige **Stadtbibliothek** von Montag, den 3. October ds. Js. ab an jedem Wochentage zu öffnen und zwar Montags und Donnerstags von 11 bis 1 Uhr, Dienstags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr.

Die Pölitz'sche Bibliothek wird vorläufig nur Mittwochs und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr geöffnet sein.

Leipzig, den 1. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Harrwitz

Bekanntmachung.

Die Herstellung eines macadamisirten Fahrweges von der Südstraße nach der zu errichtenden zweiten städtischen Gasanstalt soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Fahrweg nach der II. Gasanstalt"** versehen ebendahin und zwar bis zum **8. October d. J.**, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 1. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cichorius.

Im Laufe der letztvergangenen drei Monate sind die nachverzeichneten Gegenstände bei dem unterzeichneten Amte als gefunden bez. als herrenlos abgegeben resp. angemeldet worden:

Eine kleine hölzerne Kiste, enthaltend Gewürze, ein Bettuch, ein sogen. Hause zu einem Kastwagen gehörig, ein Sommerüberzieher, ein Paar Mädchenstiefel, ein goldener Klemmer, eine ebensolche Brosche, ein Armband von Haargeflechte, mit goldenem Beschläge, ein Umschlagetuch, ein goldener Ring, eine ebensolche Brille, eine dergleichen Uhrkette, ein ebensolches Medaillon, mehrere Geldtäschchen bez. Portemonnaies mit Geld, ein lederner Beutel mit Geld und einige Regenschirme.

Wir fordern die unbekannten Eigenthümer vorgenannter Gegenstände hierdurch auf, sich zur Empfangnahme derselben in der Registratur unseres Commissariats zu melden, andern Falls den Rechten gemäß darüber verfügt werden wird.

Leipzig, am 1. October 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Graf.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Anmeldungen zum Eintritt in die **Lehrlingsabtheilung** werden täglich von 11—12 Uhr Vormittags im Schullocale entgegengenommen.

Aufnahmeprüfung: Freitag, den 7. October, früh 7 Uhr.

Carl Wolfrum, Director.

Freiwillige Versteigerung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll
den 7. October 1881
auf Antrag des Herrn **Gustav Moritz Häuselmann in Lindenau** und Herrn **Johann Heinrich Moritz Häuselmann daselbst** gehörige, **in Lindenau, Poststraße Nr. 25** gelegene **Haus- und Garten-Grundstück**, Nr. 680 des Brandkatasters, Nr. 421 des Flurbuchs und **Folium 66** des Grund- und Hypothekenbuches für Lindenau, welches Grundstück am 10. September 1881 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf
11,000 ℳ
gewürdert worden ist, unter den in der Gerichtsschreiberei des Königlichen Amtsgerichts Leipzig, Abtheilung II, ausliegenden Bedingungen an hiesiger Amtsgerichtsstelle **freiwilliger Weise** versteigert werden.

Leipzig, am 12. September 1881.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.
Steinberger. Bod.

Uhren- rc. Auction.

Freitag, den 7. October, Vormittags von 10 Uhr an, sollen in dem gerichtlichen Auctionslocale (Eingang von der kleinen Burggasse) **38 Stück goldene und silberne Taschenuhren, darunter 1 goldene Glashütter Damenuhr**, 2 Nippuhren, 1 Rockuhr, 1 Rahmenuhr, Uhrmacherhandwerkzeug, darunter 1 Walzmaschine, 1 kleine Dampfmaschine, 1 kleines Schwungrad mit Fußbetrieb, Uhrgläser, Fournituren, einige Möbel rc. öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 1. October 1881.

Dürichen, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 3. October.

Die Ultramontanen erweisen sich als sehr unzuverlässige politische **Freunde** des Reichskanzlers. Jedenfalls ist ein Wahlaufruf von Interesse, den das Centrum an die rheinischen Wähler richtet. Wir finden da Sätze wie die folgenden: „Staatssocialistischen Bestrebungen, welche nur geeignet sind, alle selbstständigen gesellschaftlichen Kräfte, alles eigene Leben in Familie, Gemeinde und Kirche zu lähmen und der Verwirklichung grundstürzender Lehren das Feld zu bereiten, werden wir entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Zu einer Vermehrung der Steuerlast sind unsere Erwerbsverhältnisse in keiner Weise angethan. Das beste Mittel, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zu sichern, bleibt die Herbeiführung von Ersparnissen, namentlich in der Militairverwaltung, welche einen unverhältnißmäßig hohen Procentsatz der Reichseinnahmen verschlingt u. s. w." **Das ist doch gewiß Alles eher als Zustimmung zu den wirthschaftspolitischen Plänen des Reichskanzlers.** Dergleichen hindert aber die Regierungspresse nicht, in ihren Speculationen auf eine mit Hülfe des Centrums gebildete Mehrheit für die ausschweifendsten Pläne des neuen Systems fortzufahren, während in dem nationalliberalen Wahlaufruf jedes Wort sorgsam darauf angesehen wird, ob sich nicht die Behauptung darauf begründen läßt, daß die Nationalliberalen nunmehr in der grundsätzlichen Opposition gegen den Reichskanzler und seine Politik eingetreten sind. Es wird da mit zweierlei Maß gemessen!

Die Frage, wie die Pläne des Reichskanzlers zu Gunsten der Arbeiterinteressen in der socialdemokratischen Arbeiterwelt gewirkt haben, ob sie in weiten Kreisen Zustimmung finden oder auf Mißtrauen und Ablehnung stoßen, und ob die Socialdemokraten ihr ohne Zweifel an vielen Orten entscheidendes Gewicht zu Gunsten der Conservativen oder der Liberalen in die Wagschale legen werden, gehört zu den interessantesten Räthseln der herrschenden Bewegung. An vielen Orten sind unzweideutige Anzeichen zu Tage getreten, daß die Pläne für das Arbeiterwohl in der That ihren Eindruck auf die socialistisch gesinnten Arbeiterclassen nicht verfehlt haben; hat doch sogar ein bisheriger Abgeordneter der Partei, Kayser, neulich ganz offen seine Zustimmung zu einem großen Theil der wirthschaftlichen Politik des Kanzlers erklärt, und auch anderweitig sind ähnliche Aeußerungen bekannt geworden. Allein es läßt sich doch noch nicht erkennen, ob hier nur vereinzelte Anzeichen und Kundgebungen aus solchen Kreisen vorliegen, die immer im Gegensatz zu der herrschenden Strömung einer Art Regierungs- und Staatssocialismus gehuldigt haben, oder ob wirklich die Massen der socialdemokratischen Arbeiterwelt von dem Zauber der lockenden Versprechungen ergriffen worden sind. Seitens der eigentlichen Parteiführer liegen Aeußerungen nach keiner Seite hin vor, außer denjenigen aus der vorigen Reichstagssitzung, die bei aller Anerkennung des mit dem socialdemokratischen Programm in manchen Puncten übereinstimmenden Grundzugs der Arbeiterpolitik des Kanzlers doch viel mißtrauische Zurückhaltung erkennen ließen. Mißtrauen und Unglauben auf der einen, Zuneigung auf der andern Seite kämpfen offenbar auch in der Arbeiterwelt um den Vorrang. In dem Maße vermochte aber jedenfalls der Reichskanzler mit seinen Arbeiterprojecten nicht „den Acheron in Bewegung zu setzen", wie er es sich wohl vorgestellt haben mochte.

In Altona hat am Sonnabend das „Patrimonium der Enterbten" zu blutigen Auftritten geführt. Wie ein Correspondent der Berliner „Tribüne" telegraphirt, fand Abends im Kaisersaal eine Versammlung zur Besprechung über das Tabaksmonopol in Verbindung mit der Altersversorgung für Arbeiter statt, welcher gegen tausend Personen, meist Arbeiter, beiwohnten. Cigarrenmacher Mohr trat für die Regierungspläne ein und forderte die Versammlung auf, die Regierung zu unterstützen, wurde aber von allen Seiten durch Rufe „Wir danken!" und ähnliche Kundgebungen unterbrochen. Die sich an den Vortrag schließende Debatte nahm einen äußerst stürmischen Verlauf, und die Abstimmung über die beantragte Resolution erwies sich als unmöglich. Am Schluß entstand ein fürchterliches Gedränge und ein kolossaler Tumult, so daß die Polizei mit blanker Waffe eindrang und die auf der Straße sich bildenden Gruppen auflöste. Mehrere Personen wurden verwundet und verhaftet. Die Polizei ist in voller Thätigkeit, um die Schuldigen zu ermitteln. Weitere Arretirungen werden erwartet.

In ultramontanen Kreisen ist, wie die Sprache ihrer Preßorgane beweist, die zuversichtliche Stimmung gegenüber der Lage und den Aussichten auf kirchenpolitischem Gebiet augenblicklich merklich herabgestimmt. So sagt heute die „Germania", die in ihrer Wochenrundschau das Schlußergebniß aus den jüngsten Vorgängen zu ziehen pflegt: „Die Grundlagen der Maigesetze müssen und sollen erhalten bleiben — ist der rothe Faden, der sich durch die liberalen wie durch die gouvernementalen Auslassungen zieht. Die Nüancen in den „Friedens"-Artikeln lassen sich dahin zusammenfassen, daß der Eine die Maigesetze und den Frieden, der Andere den Frieden und die Maigesetze als sein Ziel proclamirt. Es ist derselbe Faden und so ziemlich dieselbe Nummer, wenn auch hier links und dort rechts herum sich die Spindel dreht. . . . . . . Wenn überhaupt, dann haben wir besonders in dieser Wahlperiode die Pflicht, das Volk vor unbegründeten Hoffnungen zu bewahren und ihm traurige Enttäuschungen zu ersparen. Die optimistische Anschauung über die kirchenpolitische Situation hat von den wenigen Anhängern, die sie besaß, einen nach dem andern verloren". — Wir können selbstverständlich diese beweglichen Klagen nur mit Genugthuung verzeichnen. Günstige Friedensaussichten im Sinne der ultramontanen Agitationspartei, deren Zuversicht und Ansprüche neuerdings wieder so augenfällig gestiegen sind, müssen nicht nur jeden Liberalen, sondern Jeden, der das Ansehen des Staats ungeschmälert erhalten sehen will, mit schweren Besorgnissen erfüllen.

Ueber die Reichstagscandidatur des Staatsministers Dr. Falk in Worms hört man, daß ein Mandat dieses Wahlkreises dem Herrn Dr. Falk angetragen und von demselben auch, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung acceptirt worden ist, daß er in seinem bisherigen Wahlkreise Bunzlau-Lüben entweder nicht wieder aufgestellt oder unterliegen würde. Die Angabe, daß der Minister Falk nach Worms reisen und vor den dortigen Wählern sprechen würde, ist unbegründet.

Vertrauensmänner der reichstreuen Parteien des Wahlkreises Essen haben beschlossen, den Feldmarschall Grafen Moltke als Candidaten aufzustellen. Oberbürgermeister Hache-Essen und Commerzienrath Scheidt-Kettwig werden Denselben persönlich um Annahme der Candidatur bitten.

Die Wiederberufung des Bundesraths steht in nächster Zeit bevor. Als Bevollmächtigte sind für die neue Session von Seiten Baierns ernannt: als Hauptbevollmächtigte die Staatsminister Dr. v. Lutz, Dr. v. Fäustle, v. Riedel und Frhr. v. Crailsheim, der Gesandte Graf v. Lerchenfeld und der Militairbevollmächtigte Oberst Ritter v. Xylander; als stellvertretende Bevollmächtigte der Generaldirector der Verkehrsanstalten v. Hocheder, die Ministerialräthe Kastner und Frhr. v. Raesfeldt, die Oberregierungsräthe Herrmann und Schmidtkonz. — Nach der kürzlich erfolgten Rückkehr des Staatssecretairs des Schatzamtes, Scholz, nach Berlin, sind die Arbeiten für den Reichshaushalt aufs Neue gefördert, auch die Vorberathungen für das Tabakmonopol wieder aufgenommen worden. — Im Laufe des October sollen endlich die schon lange schwebenden Fragen wegen der diplomatischen Posten erledigt werden. Graf Hatzfeldt's Ernennung zum Staatssecretair des Auswärtigen gilt als nahe bevorstehend.

Das kronprinzliche Paar von Schweden fuhr am Sonnabend Mittag auf einem königlichen Dampfer über den Mälarsee nach Stockholm, von etwa 40 dichtbesetzten Dampfschiffen begleitet. Bei der Ankunft auf Riddarholm, wo ein prachtvoller Pavillon errichtet war, wurden die hohen Neuvermählten von dem Statthalter, den Stadtverordneten und anderen Behörden mit Anreden, auf welche der Kronprinz antwortete, und mit großem Jubel der auch von auswärts zahlreich zugeströmten Bevölkerung begrüßt. Der Schmuck der Straßen, Plätze und Brücken ist außerordentlich prächtig. Das kronprinzliche Paar hielt in einem sechsspännigen Galawagen seinen Einzug. Dieselben dankten nach allen Seiten. Eine am Schloßplatze errichtete Ehrenpforte zeigte die Medaillonportraits der Kronprinzessin und deren Eltern, des Großherzogs und der Großherzogin von Baden, sowie eine Ansicht von Karlsruhe. Auf der Schloßtreppe empfingen der Reichsmarschall und die Hofchargen, vor der Königswohnung der König und die Königin die hohen Neuvermählten. Hier wurde alsbald eine Cour gehalten. Sodann fand Galadiner im königlichen Schlosse, später eine allgemeine Illumination nebst Feuerwerk statt.

Der russische „Regierungsbote" veröffentlicht ein Rescript des Kaisers an den vormaligen Minister des kaiserlichen Hauses, Grafen Adlerberg, worin demselben unter Verleihung eines mit Diamanten besetzten Bildnisses des verstorbenen Kaisers Alexander II. der Dank für seine langjährigen und treuen Dienste ausgesprochen wird. Der Kammerherr Wsewolofski ist nunmehr als Director der kaiserlichen Theater in Petersburg und Moskau amtlich bestätigt worden. — Nach einer Meldung aus Krasnowodsk ist die 218 Werst lange transkaukasische Militairbahn am 27. v. M. eröffnet worden.

In dem zu Paris am Freitag stattgefundenen Ministerrathe nahmen alle Mitglieder mit Ausnahme von Constans und Cazot, die noch immer auf Urlaub abwesend sind, und Tirard, der durch die Commission für die Handelsverträge abgehalten wurde, Theil. Ferry berichtete über seine Begegnung mit dem Präsidenten Grevy. Daraufhin wurde der Tag der Einberufung der Kammern endgültig auf den 28. October festgesetzt. Ferry's Ansicht, daß die Stichwahlen entscheidend seien für den Beginn des Mandats der alten Kammer und demnach also auch dasselbe erst am 28. October erlösche, ist durchgedrungen. Das Decret der Einberufung wird schon in den nächsten Tagen im „Journal officiel" erscheinen. Präsident Grevy wird, wie schon gemeldet, zum Mittwoch in Paris zurückerwartet. Ob das Ministerium Ferry vor dem Zusammentritt der Kammer seine Gesammt-Entlassung fordern wird, ist noch unentschieden, aber unwahrscheinlich. Roustan hat die Genehmigung von seinem Chef, dem Minister Barthelemy, erhalten, den „Intransigeant" Rochefort's gerichtlich zu verfolgen. Der Proceß muß nach dem neuen Preßgesetz vom 29. Juli 1881 vor den Geschworenen stattfinden. Da die Verleumdungen und Beschuldigungen gegen einen Beamten in Ausübung seiner Amtsverrichtung gerichtet sind, so hat Rochefort das Recht, aber auch die Pflicht, seine verleumderischen Behauptungen zu beweisen. Da Gambetta, Challemel-Lacour u. A. gleichzeitig hierbei Angegriffene jedenfalls als Zeugen auftreten werden, so dürfte der Proceß ein sensationeller werden. — Die heutigen Nachrichten aus Tunis sind sehr ernst. Nach einer Meldung des „Temps" befürchtet man daselbst mit Beginn des Vormarsches gegen Kairuan eine Niedermetzelung sämmtlicher Europäer. Man wünsche die schleunige Besetzung von Tunis und hoffe, Roustan werde mit allen Mitteln das Widerstreben des Beys zu besiegen wissen.

Wähler-Versammlung
für die Reichstags-Candidatur Dr. Wigard's.

† Dresden, 1. October. Der hiesige Fortschritts-Verein hielt heute Abend im Saale des Brabanter Hofes in der Friedrichstadt eine Wähler-Versammlung für die bevorstehende Reichstagswahl in Dresden-Altstadt ab.

Der öffentlich ergangenen Einladung hatten 150 Personen Folge geleistet, darunter zahlreiche Socialdemokraten.

Namens des Fortschritts-Vereins eröffnete Institutsdirector Schmidt die Versammlung. Derselbe erörterte zunächst die Frage: „Wie kommt die Fortschrittspartei zu einem besonderen Candidaten und warum geht sie nicht Hand in Hand mit den beiden anderen Ordnungsparteien?" Die Gründe, welche Redner in Beantwortung dieser Frage ins Feld führte, waren ziemlich vager Natur. Derselbe argumentirte: die Fortschrittspartei sei diejenige politische Partei, welche vor Bebel die Altstadt im Reichstage vertreten habe, deren Candidat bei der letzten Reichstagswahl, nächst Bebel, die meisten Stimmen auf sich vereinigte und daher dürfe sie wohl das Verlangen stellen, daß aus ihrer Mitte ein Vertreter der Altstadt nach Berlin entsendet werde.

Die bekannten Compromißverhandlungen zwischen den hiesigen Ordnungsparteien berührend, meinte Redner, daß die Conservativen und Nationalliberalen s. Z. selbst einen Fortschrittler als annehmbaren Candidaten bezeichnet hätten, von dem sie aber schließlich Nichts wissen wollten, als er wirklich präsentirt wurde. Einen anderweit nominirten Fortschrittler habe man nur mit gebundener Marschroute nach Berlin schicken wollen, d. h. unter der Bedingung, daß er für die Verlängerung des Socialistengesetzes stimme. Das habe man abgelehnt. Kurz und gut: es habe sich gezeigt, daß die Fortschrittler den anderen Parteien nur Heeresfolge leisten sollten und Das gehe nicht an. Die Fortschrittler hätten nun sofort selbst einen Candidaten proclamirt, seien also die Ersten gewesen, die überhaupt einen Candidaten aufstellten. Auch die Fortschrittler wollten den Socialdemokraten Bebel schlagen. Ihr Candidat habe hierzu aber eben so viel Aussicht wie Derjenige der andern Ordnungsparteien. Wenn übrigens der Wahlkampf ein anständiger bleibe, was hindere alsdann die Fortschrittler daran, bei einer etwaigen Stichwahl doch noch für den Compromiß-Candidaten der anderen Ordnungsparteien zu stimmen? Von Diesem wisse man nicht einmal, ob er conservativ, nationalliberal oder gar fortschrittlich gesinnt sei. Der Oberbürgermeister Dr. Stübel sei überdies in Dresden nöthiger als in Berlin und es liege auch nicht im Interesse der Fortschrittler, einen „Beamten" nach Berlin zu schicken. Die Fortschrittspartei könne eben so gut verlangen, daß Dr. Stübel zu Gunsten ihres Candidaten zurücktrete. Uebrigens seien bei den früheren Reichstagswahlen die beiden anderen Ordnungsparteien allemal mit ihren Candidaten in der Stichwahl unterlegen, man könne daher den Fortschrittlern das Vergnügen lassen, auch einmal mit ihrem Candidaten zu unterliegen.

Redner kam nunmehr auf die Verdienste und guten Eigenschaften des fortschrittlichen Candidaten, Professors der Stenographie Dr. med. Wigard, zu sprechen. Man stelle einen Mann auf, mit reicher politischer Vergangenheit, der schon 6 Jahre im Reichstage gesessen, im sächsischen Landtage, im Dresdner Stadtrathe und Stadtverordnetencollegium ehrenvoll seinen Platz behauptete, dessen Name einen guten Klang habe, während Dr. Stübel noch keine politische Vergangenheit hinter sich habe.

Die Bemerkung des Referenten in der vorgestrigen Versammlung der Wähler des Oberbürgermeisters Dr. Stübel, des Schuldirectors Heger: „Bei der letzten Reichstagswahl in Dresden-Altstadt haben die Socialdemokraten gesiegt, weil die Kinder der Welt klüger waren, als die Kinder des Lichts" fertigte Redner mit dem Kalauer ab: „Heger rechne sich zu den Letzteren; denn er sei bei Fackelzügen dabei gewesen." (!!!)

Hierauf betrat Professor Dr. Wigard die Rednerbühne, von der Versammlung begrüßt durch lang anhaltendes Händeklatschen.

Derselbe erklärte zunächst, daß er das Vergnügen, welches Vorredner seiner Partei hinsichtlich des Durchfall-Candidaten vindicire, nicht mit empfinden werde.

Nach einem Rückblicke auf die Vertretung des sächsischen Volkes vor Verleihung der sächsischen Verfassung, im Gegensatz zu den heutigen geordneten Zuständen, kam Dr. Wigard auf die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen zu sprechen. Es drehe sich gegenwärtig bei den Wahlen — so äußerte Redner — um das materielle Wohl des Volkes und dessen Wahrung; um die Frage: ob wir mit der jetzigen Spitze des Reiches nicht auf dem Holzwege seien.

Wunderlich erscheine es von dem Manne, der das Reich aufrichtete und die jetzigen Institutionen schuf, daß derselbe so auf einmal anderer Ansicht geworden und ein System verfolgt, das dem bisherigen schnurstracks zuwiderlaufe. Wo man nur Stimmen vernehme, überall Trostlosigkeit, überall Störung im Handel und Wandel. Es drehe sich darum, womöglich für das Reich nur lauter indirecte Steuern zu bekommen. Welche Zwecke verfolge man damit? Schutzzölle und Finanzzölle habe man in Massen geschaffen. Ueber erstere wären selbst in der Fortschrittspartei die Ansichten sehr getheilte; aber über die Finanzzölle gebe es nur eine Parole: Der Reichscasse Geld, Geld und wiederum Geld zuzuführen! Daneben drohten noch die Monopole! Habe man bisher irgend welche Erleichterung gesehen? Mit nichten!

Die indirecten Steuern habe man zumeist auf solche Verbrauchsgegenstände gelegt, welche weniger von den höheren Ständen, als von dem geringen Manne consumirt werden. Habe man dadurch dem „armen Manne" geholfen, daß man ihm die Mehrzahl der neuen Steuern auf den Hals geworfen?

Das Unfallversicherungsgesetz, die Invaliden-Unterstützung der Arbeiter habe man herausgesteckt. Das Eine sei nicht möglich, das Andere sei ungerecht. (Oho! von den Socialdemokraten.) Denn das Tabaksmonopol werde nachgewiesenermaßen so viel nicht abwerfen, um das vorgesteckte Ziel zu erreichen, und eine Ungerechtigkeit liege in diesen Projecten, weil nur ein Theil der Arbeiter berücksichtigt werde, während der andere Theil und namentlich auch der kleine Geschäftsmann leer ausgingen.

Es seien Das Phrasen, jetzt nur herausgesucht, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen.

Der bevorstehende Reichstag werde sich hauptsächlich mit solchen materiellen Fragen zu beschäftigen haben. Es erscheine daher nicht gleichgültig: Wen man in das Parlament entsende.

Man wolle einen Mann in den Reichstag senden, der Dresden „würdig" vertrete. Würdig, verlange er (Redner), daß Jeder sei, der in den Reichstag entsendet werde, ebenso verlange er einen „ehrenwerthen Charakter", der auch seine Meinung vertrete und nicht immer nur „Bismarck und wieder Bismarck!" auf seine Fahne schreibe. „Wir können, nach der Ablehnung des Unfehlbaren in Rom, keinen unfehlbaren Papst in Deutschland etabliren! Der Reichskanzler ist eben so wenig unfehlbar, Das zeigt schon die Thatsache, daß er jetzt andere Wege wandelt, als früher! Wir haben eine Partei, die nichts Anderes will als Das, was der Reichskanzler will. Wenn nun der Reichskanzler unfehlbar wäre, so brauchten wir keinen Reichstag, wir könnten ruhig zu Hause bleiben; denn er würde schon Alles nach seinem besten Ermessen zum Besten lenken! Wir brauchen jedoch Männer, die Das, was dem Volke frommt und nicht frommt, gewissenhaft abwägen und die Das offen und ehrlich aussprechen! Es ist in unserem politischen Leben nicht möglich, dies einen Mann zu wählen, der liebenswürdig ist, einen ehrenwerthen Charakter besitzt und eine reine Vergangenheit hat!"

Redner entwickelte nunmehr seine politischen Grundsätze, die seit 1848, als er im Frankfurter Parlament gesessen, dieselben geblieben. Er habe inzwischen zwar Vieles gelernt und Vieles vergessen, jene Grundsätze aber seien unentwegt die alten: „Daß des Volkes Stimme die allein maßgebende sei, daß dem Volke die weitestgehenden Freiheiten gewährt würden und Gleichheit der Person ohne Ausnahmegesetze zur Geltung komme! (Beifall der Socialdemokraten.) Bei diesen Grundsätzen sei er alt und grau geworden und mit ihnen wolle er sich auch begraben lassen! Wer dieselben für falsch halte, Der wähle ruhig einen Anderen! (Lang anhaltender Beifall.)

Es meldeten sich hierauf verschiedene Redner zum Wort, namentlich einige Socialdemokraten. Der überwachende Polizeibeamte erklärte jedoch, eine Debatte nicht zulassen zu können, da eine solche bei der Polizeidirection nicht angemeldet worden sei.

Der Vorsitzende mußte allerdings constatiren, daß Dies nicht geschehen.

Nachdem mehrere Socialisten in stürmischer Weise Debatte verlangten, sah sich der Vorsitzende genöthigt, die Versammlung zu schließen.

SLUB
Wir führen Wissen.